

Bericht über die Gemeinderatssitzung am 28.09.2017 im Bürgersaal

Zur Sitzung begrüßte Bürgermeister Bertele die Mitglieder des Gemeinderates, Herrn Franz Kaifel, Herrn Josef Petz und Frau Therese Unbehaun als Vertreter des „Arbeitskreis Flüchtlinge Illerkirchberg“, Herrn Franz Glogger von der Südwest Presse Ulm, Herrn Manfred Kornmayer von der Verwaltung sowie die Zuhörer. Er stellte die form- und fristgerechte Einladung des Gemeinderates sowie dessen Beschlussfähigkeit fest und gab die Protokolle der letzten Sitzung bekannt.

Der Arbeitskreis Flüchtlinge hatte am 28. Juli eine Anhörung im Gemeinderat beantragt und Herr Kaifel bedankte sich eingangs dem Bürgermeister, dass dem Wunsch unmittelbar nach der Sommerpause entsprochen wurde.

Flüchtlingsangelegenheiten

Einleitend berichtete Bürgermeister Bertele, dass mit dem Flüchtlingszustrom auch die Gemeinde Illerkirchberg große Aufgaben zu hatte. Seit Anfang 2016 seien über ca. 55 Personen durch die Gemeinde in verschiedenen Wohnungen untergebracht worden. Mit der Asylenerkennung hätten die Betroffenen die Möglichkeit der freien Wohnungssuche wie jeder andere Bürger auch und glücklicherweise hätten einige von Ihnen eigene Mietwohnungen gefunden.

Die ursprünglich befürchtete Notwendigkeit zur Unterbringung in Wohncontainern hätte die Gemeinde durch die Anmietung und den Ankauf von Wohnhäusern bisher vermeiden können. Insgesamt habe die Gemeinde im letzten Jahr über 800.000 EUR im Flüchtlingsbereich aufgewandt. Zuschüsse des Landes oder des Bundes habe es hierfür nicht gegeben. Während beim Land Baden-Württemberg in einer Sammelunterkunft je Person aktuell 4,5 m² und ab 01.01.2018 7 m² Mindestwohnfläche angesetzt und dies lt. Auskunft des Landratsamtes auch in der Praxis so angewandt werde, stünde in den Unterkünften der Gemeinde Illerkirchberg mit ca. 10-20 m² Wohnfläche pro Person deutlich mehr Wohnfläche zur Verfügung und vom Landratsamt sei dies anerkennend gelobt worden. Hierfür seien bisher enorme Anstrengungen erforderlich gewesen und würden es auch künftig sein. Hierfür seien im Rathaus Herr Eger vom Ordnungsamt und Frau Kilian als Flüchtlingsbeauftragte ständig im Einsatz, genauso wie der Bauhof zur Vorbereitung und Wartung der Unterkünfte.

Die Betreuung jedes einzelnen Flüchtlings erfolge durch die ehrenamtlichen Helfer des Arbeitskreises Flüchtlinge. Wie bei vielen anderen Institutionen wie der Feuerwehr, den Vereinen, den Kirchengemeinden gehe es ohne das Ehrenamt nicht. Er bedanke sich dafür ausdrücklich bei den heute anwesenden Helfern sowie auch bei den Vertretern des Arbeitskreises. Hierauf bat er Herrn Franz Kaifel, dem Gemeinderat die aktuelle Situation und die besonderen Probleme darzulegen.

Herr Franz Kaifel bedankt sich für die Möglichkeit, die Anliegen des Arbeitskreises im Gemeinderat darlegen zu können. Er berichtete, dass aktuell ca. 50 Flüchtlinge in der Gemeinde von ca. 40 Helfern betreut würden.

Die Flüchtlinge kämen aus Eritrea, Afghanistan, Kamerun, Syrien und dem Kosovo. Mit der Ankunft weiterer Flüchtlinge sei zu rechnen. Zur Integration bräuchten sie die Unterstützung aus mitmenschlicher und gesellschaftspolitischer Verantwortung heraus sowie zur Wahrung der Menschenwürde. Diese Menschen kämen aus anderen Kulturkreisen, anderen Religionen, anderem Bildungsstand, anderem Rollenverständnis der Geschlechter, mit Traumata, mit Hoffnungen und zuweilen auch unrealistischen Erwartungen.

Demgegenüber stehe unsere Kultur, Lebensweise, klare Rechten und Pflichten, deutsche Eigenschaften wie Zuverlässigkeit, Pünktlichkeit, Fleiß, und geregelter Arbeitsleben.

Er plädierte für eine Integration durch Fördern, Fordern, Aufzeigen von Wegen und Unterstützung, diese Wege zu gehen. Förderer und Forderer seien der Stadt und die Gesellschaft, die Bürgerschaft, Kirchen und Vereine und auch die Gemeinde, die für Wohnraum, Ausstattung und Verwaltung Sorge.

Anschließend geht Herr Josef Petz insbesondere auf die Situation der eritreischen Flüchtlinge im Haus Beutelreusch 50 ein. Dort herrsche die größte Mangelsituation. 11 junge Männer seien in 4 Schlafräumen mit jeweils bis zu 3 Personen untergebracht, sodass kaum Rückzugsmöglichkeiten und ausreichende Privatsphäre vorhanden seien.

Flüchtlinge hätten auf dem privaten Wohnungsmarkt keine Chance. Er appellierte deshalb an die Verantwortung der Gemeinde und schlägt vor, dass die Gemeinde Wohnraum anmietet und diesen dann an die Flüchtlinge weitervermietet. In Beutelreusch seien jetzt einige in Ausbildung. 2 Personen würden eine Schreinerlehre beginnen, die im ersten Jahr die schulische Ausbildung beinhalte. Diese hätten keine Möglichkeit, in Ruhe zu lernen. Von Wohnungseigentümern sei Bereitschaft zur Vermietung an die Gemeinde, aber nicht direkt an Flüchtlinge vorhanden. Er appelliert an die Gemeinderatsmitglieder, mehr als nur das gesetzlich Notwendige zur Unterbringung der Personen bereitzustellen.

Frau Therese Unbehaun vom Arbeitskreis übergab den Gemeinderatsmitgliedern eine Auflistung über die Unterbringung der eritreischen Flüchtlinge im Haus Beutelreusch 50. Darin werden die zur Verfügung stehende Wohnfläche und der Zustand der Unterkunft bemängelt. Keiner der Bewohner besitze auch nur annähernd Privatsphäre. Weder die Schlafräume, in denen auch Mahlzeiten eingenommen würden, noch die Küche oder der Fernsehraum seien geeignet, die erforderlichen Hausaufgaben für den Integrationskurs bzw. Berufsschulunterricht zu erledigen oder sich der Aneignung erforderlichen Wissens bzw. von Sprachkenntnissen in Ruhe zu widmen. Der Begriff „Gemeinschaftsunterkunft“ stelle eine Beschönigung der derzeitigen Nutzung des Gebäudes dar. Sie bezeichnete das Haus als „Flüchtlingslager“ und forderte in ihrer schriftlichen Darlegung Einzelzimmer für jede Person, nur auf besonderen Wunsch auch Doppelbelegung.

In einer weiteren Aufstellung kritisiert Frau Unbehaun auch die Höhe der verlangten Nutzungsentschädigung in Illerkirchberg. Sie appelliert an den Gemeinderat, sich für eine Verbesserung der Situation der Eritreer in Beutelreusch 50 einzusetzen.

Bürgermeister Bertele bedankt sich für die aktuellen Berichte. Eine bessere Unterbringung der Flüchtlinge, möglichst mit eigenen Zimmern für jeden, sei sicher wünschenswert. Die hohen Unterbringungszahlen in so kurzer Zeit hätten die Gemeinde aber vor enorme Herausforderungen gestellt. Die aktuelle Wohnungsnot verschlimmere noch die Gesamtsituation. Ein Versuch, einigen Bewohner aus dem Haus Beutelreusch 50 eine Wohnung im Beutelreusch Weg zu geben war in der Vorbereitungsphase gescheitert, weil bereits wieder die nächsten Zuweisungen durch das Landratsamt erfolgten. Zur Entschärfung der angespannten Unterbringungslage habe die Gemeinde erst vor kurzem wieder versucht, ein Haus bei einer Zwangsversteigerung zu kaufen. Der Preis sei jedoch in untragbare Höhe geklettert. Hinzu kämen aktuell drohende Obdachlosenfälle wegen Zwangsräumung bei zwei Familien. Obendrein werde das Landratsamt für das laufende Jahr noch weitere 12 Personen und im nächsten Jahr als sogenannten Aufnahmerückstand aus früheren Jahren noch weitere 9 Personen zuweisen. Hinzu kämen nochmals die im Jahr 2017 nach Baden-Württemberg gekommenen/kommenden Flüchtlinge. Monatlich seien dies bisher bis zu 2.500 Personen gewesen. Hochgerechnet auf das ganze Jahr könne sich jeder anhand der Einwohnerzahl der Gemeinde in Relation zu Baden-Württemberg selbst ausrechnen, wie viele Personen nochmals zusätzlich im Jahr 2018 untergebracht werden müssten. Der Bürgermeister beklagte, dass derzeit noch niemand wisse, wo diese Personen alle untergebracht werden sollen.

Die Gemeinde verfolge zwar laufend die Möglichkeiten zum Erwerb weiterer geeigneter Wohngebäude. Der Bürgermeister kündigte an, in der anschließenden nichtöffentlichen Sitzung dem Gemeinderat wieder 2 aktuelle Kaufmöglichkeiten vorzustellen. Leider sei der

Immobilienmarkt momentan nahezu erschöpft und die Preise steigen von einem Rekord zum nächsten.

Viele Flüchtlinge hätten zwischenzeitlich bekanntlich ein Bleiberecht, das ihnen die private Anmietung von Wohnraum ermögliche. Dies sei Dank des über den Helferkreis auch bereits für einige Personen gelungen. Auch er appellierte an die Wohnungseigentümer, an Flüchtlinge zu vermieten.

Ein Gemeinderat stellt nachdrücklich klar, dass Bürgermeister und Verwaltung auf der Grundlage der Gemeinderatsbeschlüsse handeln.

Auch er dankte dem Helferkreis für die Unterstützung der Flüchtlinge. Er schlug ferner vor nach Möglichkeiten zu suchen, die Belegung im Haus Beutelreusch 50 mit nur 2 statt 3 Personen pro Zimmer zu verringern und dadurch die Situation zu verbessern.

In der weiteren Diskussion kam zum Ausdruck, dass der Gemeinderat mit großer Mehrheit weiterhin die bisherigen Entscheidung zur Gleichbehandlung aller bedürftigen Personen in Bezug auf die Bereitstellung von Notunterkünften und deren Ausstattung vertritt.

Ein Gemeinderat unterstütze in seiner Wortmeldung die Forderungen nach größerer Wohnfläche bzw. Verringerung der Bewohnerzahl in Beutelreusch sowie auch die Ausstattung der Wohnungen z.B. mit Wäschetrocknern als zusätzliche Leistung der Gemeinde.

Weitere Gemeinderatsmitglieder pflichteten bei, dass Bürgermeister und Verwaltung die Vorgaben des Gemeinderates einhalten. Eine Verbesserung der Unterbringungsmöglichkeiten insbesondere im Haus Beutelreusch 50 wurde als wünschenswert anerkannt. Der Gemeinderat werde sich weiteren Diskussionen nicht verschließen und den Bedarf auch jeweils im Einzelnen prüfen.

Herr Franz Kaifel erinnerte an die Forderung nach Antennenanlagen sowie die Ausstattung der Wohnungen mit Wäschetrocknern. Er hielt es für notwendig, dass die Gemeinde über die vom Landratsamt vorgegebenen Ausstattungslisten hinaus zumindest einzelfallabhängig in den Wohnungen Wäschetrockner sowie Satellitenantennenanlagen zur Verfügung stelle. Infolge der beschlossenen Gleichbehandlung sozial schwacher Personengruppen war dies bisher abgelehnt worden.

Bürgermeister Bertele bedankte sich abschließend erneut bei den ehrenamtlichen Helfern des Arbeitskreises. Er werde auch weiterhin im Mitteilungsblatt an mögliche Vermieter appellieren, ihre Wohnungen auch direkt an Flüchtlinge zu vermieten. Dem Gemeinderat werde er nach wie vor in Frage kommende Wohnobjekte zur Beratung vorlegen. Auch mögliche Anmietungen würden im Gemeinderat noch diskutiert werden.

Sonstiges, Bekanntgaben

Radweg Oberkirchberg – Illerrieden

Bürgermeister Bertele berichtet, dass der Radwegabschnitt von der Einmündung nach Beutelreusch bis zur Gemarkungsgrenze Illerrieden bereits mehrmals im Rahmen der Gewährleistung mehrmals nachgebessert wurde. Die dadurch verlängerten Gewährleistungsfristen würden nun Anfang Oktober 2017 abgelaufen. Von der Straßenbauverwaltung des Landes sei mitgeteilt worden, dass von der Baufirma rechtlich betrachtet keine weiteren Nachbesserungen mehr verlangt werden könnten. Die vielfältigen Flickstellen aufgrund von Nachbesserungen seien zwar sowohl optisch als auch hinsichtlich der langfristigen Haltbarkeit des Radweges ungünstig – aber wiederum nicht so gravierend, als dass die Forderung erhoben werden könne, den kompletten Radweg wieder herauszureißen und neu einzubauen. Es bleibe somit keine andere Wahl, als den jetzigen Zustand hinzunehmen.

Tempo 30 im Bereich des Kindergartens Oberkirchberg

Das Landratsamt Alb-Donau-Kreis habe darüber informiert, dass es aufgrund einer Änderung der Straßenverkehrsordnung in Betracht käme, die zulässige Geschwindigkeit auch auf Landesstraßen im Bereich von Kindergärten und Schulen auf 30 km/h zu beschränken soweit es einen direkten Zugang zur Straße gebe oder im Nahbereich des Kindergartens oder der Schule starker Ziel- und Quellverkehr vorhanden sei. Die Beschränkung könne aber nur im unmittelbaren Bereich der jeweiligen Einrichtungen auf einer Länge von max. 300 m angeordnet werden.

Bürgermeister Bertele ergänzte hierzu, dass er zu dieser Neuregelung unverzüglich beim Landratsamt beantragt habe, den Bereich beim Kindergarten Oberkirchberg im Rahmen der nächsten Verkehrsschau zu überprüfen.

Betriebsplan 2018 für den Gemeindewald Illerkirchberg

Vom Landratsamt Alb-Donau-Kreis wurde mitgeteilt, dass im Jahr 2018 für den Gemeindewald aus forstwirtschaftlicher und waldbaulicher Sicht keine Maßnahmen erforderlich seien. Somit entfällt auch die Vorlage eines Betriebsplans für 2018.

DSD im Alb-Donau-Kreis ab Januar 2018 – Vergabe Leichtverpackungen

Vom Landratsamt Alb-Donau-Kreis wurde mitgeteilt, dass Auftragnehmer der Dualen Systeme für die Fraktion Leichtverpackungen vom 01.01.2018 bis 31.12.2020 im Alb-Donau-Kreis wie bisher die ARGE Braig/Hörger/Knittel ist.

Anmeldungen zur Kernzeit

Hauptamtsleiter Manfred Kornmayer informierte über den Stand der Anmeldungen zu Kernzeitbetreuung anhand der nachstehenden Tabelle:

	SJ 2017/18	SJ 2016/17
Angemeldete Kinder am Standort Unterkirchberg:	45	54
- vormittags bis 13:00 Uhr:	45	52
- nachmittags ab 13:00 Uhr:	33	46
Mittagessen insgesamt:	30	35
Angemeldete Kinder am Standort Oberkirchberg:	38	36
- vormittags bis 13:00 Uhr:	38	36
- nachmittags ab 13:00 Uhr:	30	29
Mittagessen insgesamt:	28	32

Bürgermeister Bertele schloss hierauf die öffentliche Sitzung. Es folgte noch eine sehr umfangreiche und lange nichtöffentliche Sitzung.